Super-Sender

Unter dem Vorwand, Kosten einsparen zu wollen, werben christliberale Politiker in Bonn für eine Zusammenlegung der Bundesrundfunkanstalten Deutsche Welle (DW) und Deutschlandfunk (DLF). Um die Verwaltung beider Häuser zu vereinfachen und Programmüberschneidungen zu vermeiden, so die Argumentation, sollen die beiden Sender zu einer Superanstalt vereinigt werden. Tatsächlich wollen Regierungspolitiker wie der FDP-Fraktionschef und Vorsitzende des DLF-Rundfunkrats, Wolfgang Mischnick, oder der Parlamentarische Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, die Bundesanstalten auf Koalitionskurs bringen: Die verkappten Regierungssender werden nämlich auch nach der Wende noch von Sozialdemokraten geleitet. Für den Posten des neuen Super-Intendanten brachte DLF-Verwaltungsratsmitglied Hennig sich selbst ins Gespräch. Als Favorit der Liberalen gilt der ehemalige FDP-Sprecher und jetzige Chefredakteur der Deutschen Welle, Josef Gerwald. Die Wahl des liberalen Medienpolitikers käme vor allem AA-Chef Genscher gelegen. Der Außenminister möchte die „Deutsche Welle" enger ans Auswärtige Amt anbinden.



Landung in der Normandie am 6. Juni 1944

Normannisches Jubiläum

Zum 40. Jahrestag der alliierten Landung in Frankreich wollen sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges am 6. Juni am Strand der Normandie versammeln. Ein Flugzeugträger soll aufgeboten werden, von dem aus Journalisten ein erneutes Landespektakel beobachten können, dazu sind Truppenparaden und feierliche Reden geplant. Doch schon während der Vorbereitungen gab es Streit um die Gästeliste. Die Vereinigten Staaten, deren Präsident Ronald Reagan sein Erscheinen bereits zugesagt hat, möchten das Jubiläum als Fest der Brüderlichkeit und Verständigung aufziehen und auch die Deutschen, Italiener und Japaner einladen. Dagegen legen sich die Franzosen quer, die sich nicht vorstellen können, wie etwa die Deutschen in einer Siegerparade mitmarschieren sollen. Bundeskanzler Kohl hat Interesse an einer Einladung bekundet.

Christliche Spannungen um Lateinamerika

Zwiespältige Reaktionen bei der Bonner CDU-Führung hat eine Lateinamerika-Resolution ausgelöst, zu der sich, erstaunlich genug, die Präsidenten der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI), Andrés Zaldívar (Chile), der Liberalen Internationale, Giovanni Malagodi (Italien), und der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, zusammengefunden hatten. Grund: Den Bonner Christdemokraten kommt das sandinistische Regime in Nicaragua, das sich seit langem des besonderen Mißtrauens der Reagan-Administration erfreut, zu gut weg.

Im Adenauer-Haus wird insbesondere kritisiert, daß die drei Internationale-Präsidenten am 10. April in Rom die Sandinistas schon für ihre Willenserklärung gelobt haben, durch freie Wahlen in diesem Jahr zur „Abschaffung des Ausnahmezustands und zur Gewährung der Chancengleichheit für alle politischen Parteien" zu sorgen. Der Leiter des CDU-Büros für auswärtige Beziehungen, Peter Hartmann: „Da wird verfrüht etwas begrüßt, was noch nicht da ist."



CDU-Politiker Geißler

Verhindern konnte die CDU die Erklärung von Rom nicht mehr. Nachdem im Januar die vom spanischen Ministerpräsidenten Felipe González initiierte Aktion im ersten Anlauf gescheitert war, setzten sich die italienischen Christdemokraten, deren Senator Angelo Bernassola anstelle des von der CDU favorisierten Chefs der Konrad-Adenauer-Stiftung Bruno Heck im vergangenen Jahr zum Generalsekretär der CDI gewählt wurde, gegen Bonner Bedenken durch.

Wenig gelegen kam der CDU-Führung auch jene Passage in der gemeinsamen Erklärung von Rom, in der die USA, derzeit weltweit getadelt wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen, aufgefordert werden, „als mächtigste Demokratie der Welt zur Schaffung eines politischen und wirtschaftlichen Klimas beizutragen, das dem Frieden, der Demokratie und dem Wohlstand förderlich ist". Noch am Vorabend des Präsidenten-Treffens von Rom war die US-Regierung bei den italienischen Liberalen und Christdemokraten vorstellig geworden und hatte ihre „Betroffenheit" („concern") über die bevorstehende Veranstaltung ausgedrückt.

Dennoch mag CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Draht zur Christlich-Demokratischen Internationale nicht abreißen lassen. Er hofft darauf, daß die Sozialistische Internationale gemeinsam mit der CDI nicht nur in Chile die Demokratische Allianz, sondern auch in El Salvador den christdemokratischen Kandidaten Napoleón Duarte gegen den rechtsradikalen Konkurrenten Roberto D'Aubuisson unterstützt.